

16. Jahrgang | Nr. 6/2021



#### Aus dem Inhalt

Der Europäische Bildungsraum	2
Mehr digitale Teilhabe für Schüler in Europa	3
Globale Partnerschaft für Bildung	4
Gespräch mit Bundesminister Heinz Faßmann	5
Erasmus+: gerechter, digitaler und grüner	7
Die EU-Kinderrechtsstrategie	8
Neue Ansätze für die berufliche Bildung	9
Ticker	10
"One-in-one-out": Einfachere Gesetzgebung	14
Die Macht der Daten	15
Europäischer Katastrophenschutz	16
Europäische Agenda für öffentliche Dienste	18
Fachkräfte-Patientenquote?	19
Jugendevent in Straßburg	20

#### Impressum:

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,

Telefon: +49 (0) 30 / 40 81 - 40, Fax: +49 (0) 30 / 40 81 - 49 99

ViSdP: Christian Moos, Nicolas Engelbarts, Hendrik Meerkamp

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Kontakt / Abonnement: europathemen@dbb.de

#### **Editorial**

Bildung ist mit großem Abstand Europas wichtigste Ressource. Strukturelle Hindernisse für das Lernen wirken sich nachteilig auf die Beschäftigungsaussichten und die gesellschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger aus. In der Pandemie wird dies besonders deutlich. Der Europäische Bildungsraum zielt unter anderem darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu fördern, um die Qualität der nationalen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung weiter zu verbessern und die Integration zu fördern. In dieser Ausgabe wird der Europäische Bildungsraum näher beleuchtet und untersucht, wie die pandemiebedingten Bildungsrückstände der jungen Menschen aufgearbeitet und Ungleichheiten verringert werden können. Im Interview erläutert der österreichische Bildungsminister, Heinz Faßmann, wie die Schulen der Alpenrepublik durch die Corona-Pandemie kommen. Außerdem beschreibt die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands, Susanne Lin-Klitzing, wie mehr digitale Teilhabe für europäische Schülerinnen und Schüler an "Europas digitaler Dekade" möglich wird. Sicher ist, dass Bildung als wichtigste Ressource in Deutschland und den Ländern der Europäischen Union nachhaltig gefördert werden muss.

Herzlichst

Ihre Redaktion

#### Der Europäische Bildungsraum -Mündige Europäerinnen und Europäer für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit

Die Pandemie und ihre Auswirkungen haben uns allen viel abverlangt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch Eltern und Lehrkräfte gehören zweifelsohne zu denjenigen, die mit am meisten von den Infektionsschutzmaßnahmen betroffen waren. Rund 100 Millionen Kinder, Jugendliche und Studierende in Europa waren und sind von den Folgen der Pandemie betroffen.

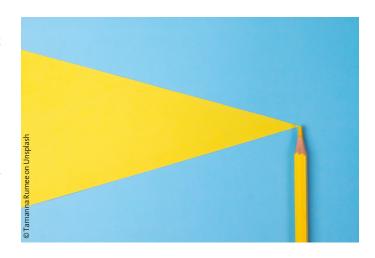
Marginalisierte Gruppen sind weiterhin am stärksten von den Folgen der Krise für das Bildungssystem betroffen, wodurch vorherrschende Bildungsungleichheiten verstärkt wurden. Eine Umfrage der OECD hat zudem ergeben, dass Schulschließungen in den einzelnen Ländern weniger im Zusammenhang mit der jeweiligen Inzidenz standen, sondern vielmehr mit der Robustheit des jeweiligen Bildungssystems. Das bedeutet, dass die Pandemie Ungleichheiten sowohl innerhalb von Ländern als auch im internationalen Vergleich verschärft hat, was sich ohne angemessene Gegenmaßnahmen mittelfristig auch auf die Wirtschaftsleistung der Länder auswirken wird.

Was nun gilt, ist der Blick nach vorne: Wie können wir die Bildungsrückstände der jungen Menschen aufarbeiten, Ungleichheiten verringern und Bildung als wichtigste Ressource in Deutschland und den Ländern der Europäischen Union nachhaltig fördern?

Vor dem Hintergrund des Bildungsföderalismus in Deutschland denkt man im Bereich der Bildungspolitik im ersten Moment nicht an die Europäische Union. Während das Erasmus-Programm sich großer Bekanntheit erfreut, ist der ET2020-Rahmen bereits weniger geläufig. Dieser zielte unter anderem darauf ab, dass nahezu alle Kinder an frühkindlichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen und die Anteile der Jugendlichen mit unzureichenden Kenntnissen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften sowie der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Basierend auf dem ET2020-Rahmen hat die Europäische Kommission vergangenes Jahr ein Konzept zur Vollendung des europäischen Bildungsraums bis zum Jahr 2025 vorgelegt. Dieser ganzheitliche Ansatz soll die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU fördern und dadurch die Qualität und Inklusivität der nationalen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung weiter verbessern. Das

Konzept umfasst unter anderem Maßnahmen zur Verbesserung der Grundfertigkeiten, die Förderung von Mehrsprachigkeit, die Inklusion und Gleichstellung der Geschlechter sowie die Mobilisierung von Fachwissen in den Bereichen der Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Darüber hinaus soll die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen unterstützt und die europäische Hochschulzusammenarbeit gefördert werden. Dieses Programm wird von dem Aktionsplan für digitale Bildung vervollständigt, der bis 2027 europaweit ein leistungsfähiges digitales Bildungsökosystem schaffen und den Ausbau digitaler Kompetenzen vorantreiben soll.



Der Klimawandel und die digitale Transformation sind die zentralen und hochkomplexen Herausforderungen unserer Zeit. Der digitale Wettlauf zwischen den USA und China sowie die Pandemie und Umweltkatastrophen, die vor Staatsgrenzen keinen Halt machen, zeugen davon, dass es eines starken europäischen Ansatzes bedarf. Mit besonderem Fokus auf Nachhaltigkeit und die Digitalisierung trägt der europäische Bildungsraum diesen Entwicklungen Rechnung. Junge Europäerinnen und Europäer, die über die notwendigen Kompetenzen verfügen, für die Themen unserer Zeit sensibilisiert sind und über den Tellerrand hinausblicken, sind dafür von grundlegender Bedeutung. Dabei sollten wir ihre Fähigkeiten nicht unterschätzen. Der große Zulauf von Fridays for Future und der spielerisch leichte Umgang der digital natives mit den digitalen Medien zeugen davon, dass sie über die notwendige Neugier, Interesse und Fähigkeiten für die Bewältigung der digitalen und ökologischen Transformation verfügen.

(Jan Oliver Schmidt)

#### Mehr digitale Teilhabe für europäische Schülerinnen und Schüler an "Europas digitaler Dekade"

von Susanne Lin-Klitzing

Das erste Smartphone eines berühmten US-amerikanischen Technologieunternehmens wurde 2007 vorgestellt. Seitdem sind gerade einmal 14 Jahre vergangen und unzählige technische Neuerungen auf den Markt gekommen. Die Innovationszyklen für neue Technologien verkürzen sich stetig und wirken sich immer weiter auf die Art und Weise aus, wie wir miteinander kommunizieren, arbeiten und leben.

Zahlreiche Arbeitsplätze werden durch die zunehmende Automatisierung wegfallen, aber auch neu geschaffen. Die notwendigen Kompetenzen für die Teilhabe an der digitalisierten Arbeitswelt werden dabei immer wichtiger. Um den Mehrwert digitaler Technologien vollständig ausschöpfen zu können, bedarf es nicht nur derer, die sie entwickeln, sondern auch der Menschen in der breiten Bevölkerung, die mit ihnen kritisch-produktiv umgehen können. Dem steht gegenüber, dass weniger als 60 Prozent der EU-Bevölkerung über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen – der DESI-Bericht belegt einen europaweit verbreiteten Fachkräftemangel im IKT-Bereich. Um die digitale Transformation erfolgreich zu begleiten, ist die digitale Souveränität der Nutzerinnen und Nutzer jedoch von großer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Wirtschaftsstandort Europa.

Der digitalen Unterstützung von Bildungsprozessen kommt in diesem Zusammenhang eine bedeutsame Rolle zu. Seit Pandemiebeginn wird ihr große Aufmerksamkeit zuteil - Stärken in diesem Bereich haben sich bezahlt gemacht, die Schwächen wurden in aller Härte offenbart. Wenngleich viele der internationalen und europaweiten Erhebungen wie die ICILS Studie (International Computer and Information Study) und der Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung der Europäischen Kommission sich auf die Zeit vor der Pandemie beziehen, geben sie dennoch Aufschluss über die fragmentierte Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten. So weisen in Deutschland über 30 Prozent, in Frankreich über 43 Prozent und in Italien sogar über 60 Prozent der Lernenden unterdurchschnittliche Leistungen im Bereich der Informationskompetenz auf.

Dabei ist auch die soziale Herkunft entscheidend für den Zugang zu digitalen Technologien. Ein eigener Computer, der insbesondere bei Schulschließungen die Grundlage für eine digitale Unterstützung der schulischen Bildung war, war 2018 noch nicht für alle EU-Bürgerinnen und Bürger selbst-

verständlich. Insbesondere in Spanien, Italien und Portugal war dies der Fall, oder auch EU-weit für nahezu 13 Prozent aller armutsgefährdeten Haushalte. Gleiches gilt für den Internetzugang: Während sich der Breitbandzugang im EU-Durchschnitt auf einem hohen Niveau bewegt, gibt es mit 97 Prozent in den Niederlanden, 87 Prozent in Italien und 79 Prozent in Bulgarien große regionale Unterschiede bei der



Susanne Lin-Klitzing ist Professorin für Schulpädagogik an der Philipps-Universität Marburg, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbands (DPhV) und Vorsitzende der Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft des dbb beamtenbund und tarifunion

Versorgung. Zudem hat die TALIS-Umfrage 2018 ergeben, dass im EU-Durchschnitt weniger als die Hälfte der Lehrkräfte vor der Pandemie digitale Medien im Schulunterricht nutzten und für etwas mehr als die Hälfte die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien Bestandteil ihrer formalen Aus- oder Fortbildung war.

Diese Faktoren – der Zugang zu schnellem Internet und digitalen Endgeräten, die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte sowie ein adäquater Datenschutz und angepasste Curricula und Unterrichtsmethoden - wirken sich maßgeblich auf die Entwicklung digitaler Souveränität der Schülerinnen und Schüler von heute und die der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von morgen aus. Sollten sich landesspezifische Unterschiede manifestieren, würden sich diese zum einen auf die digitale Teilhabe des Individuums und zum anderen auf die jeweilige Wirtschaftskraft des Landes auswirken und die langfristige Harmonisierung der europäischen Wirtschaft hindern. Daher muss der Zugang zu digital unterstützten Bildungsangeboten jedem Menschen gleichermaßen ermöglicht werden und darf nicht von der geografischen und sozialen Herkunft abhängen.

>>> Weiterlesen

#### EU Mitgliedstaaten sichern 1,7 Milliarden Euro für die Globale Partnerschaft für Bildung zu

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben am 29. Juli 2021 im Rahmen des Globalen Bildungsgipfels in London 1,7 Milliarden Euro für die Globale Bildungspartnerschaft (GPE) zugesagt. Bereits zuvor hatte die EU die Bereitstellung von 700 Millionen Euro für den Zeitraum von 2021 bis 2027 zugesichert.

Mittels der EU-Unterstützung werden gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte finanziert und die Gleichstellung durch die Förderung von Mädchen und der Nutzung digitaler Innovationen begünstigt. Die durch die Pandemie entstandenen Ungleichheiten sollen eingedämmt werden. Zudem werden wichtige Zukunftskompetenzen im Bereich des digitalen und ökologischen Wandels vermittelt, um die Fach- und Führungskräfte von morgen auszubilden.

Die GPE wurde 2002 ins Leben gerufen und ist eine weltweit tätige Entwicklungsorganisation, die in Zusammenarbeit mit der Weltbank Kindern und Jugendlichen in ärmeren Ländern eine kostenlose, inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung und damit eine Zukunftsperspektive ermöglichen möchte. Besonderer Fokus liegt dabei auf jungen Mädchen, Kindern die von Konflikten oder extremer Armut betroffen sind oder Kindern mit Behinderung. Ein Großteil der Mittel wird in afrikanischen Ländern südlich der Sahara eingesetzt. Alleinstellungsmerkmal der Organisation ist, dass alle Interessengruppen des Bildungsbereichs in ihr vertreten sind von Geberländern über internationale Organisationen bis hin zu den Partnerländern.

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, betonte im Rahmen des Bildungsgipfels die grundlegende Wichtigkeit von Bildung für die menschliche Entwicklung und für die gesellschaftliche Teilhabe, weswegen sich die Europäische Union stärker als die gesamte übrige Welt in der internationalen Zusammenarbeit im Bildungsbereich einbringe. Im Zeitraum von 2014 bis 2020 wurden von der EU und ihren Mitgliedstaaten mehr als 50 Prozent aller Beiträge für die GPE geleistet.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das weltweite Bildungssystem sind fatal. Ungleichheiten wurden erneut verstärkt und marginalisierte Gruppen am stärksten getroffen. Wegen mangelnder technischer Ausstattung hatte rund ein Drittel der weltweiten Schulkinder nicht die Möglichkeit am Fernunterricht teilzunehmen. Laut den Schätzungen von UNICEF haben 1,6 Milliarden Kinder und Jugendliche in 190 Ländern ihre Schulbildung unterbrochen oder abgebrochen.

Insbesondere Mädchen und junge Frauen wurden hart von der Krise getroffen und sind einem ungleich höheren Risiko von Kindsheirat und häuslicher Gewalt ausgesetzt. Die UNE-SCO schätzt, dass elf Millionen Mädchen nach der Pandemie nicht mehr in die Schule zurückkehren, wodurch die Gleichstellung der Geschlechter herbe Rückschläge erleidet. Zudem werden pandemiebedingte Einkommensausfälle und Schulschließungen zu einem substanziellen Anstieg der weltweiten Kinderarbeit führen und die Rückkehr in die Schulen weiter erschweren.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist die Förderung der Europäischen Kommission und deren Mitgliedstaaten ein wichtiger Schritt, um die weltweiten Negativfolgen im Bildungsbereich einzudämmen. Um jedoch die langfristigen Auswirkungen der Pandemie zu minimieren, bedarf es weiterer Maßnahmen und Investitionen, wie Nichtregierungsorganisationen kritisieren.



Jürgen Böhm, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender: "Die Corona-Pandemie ist die bisher größte weltweite Bildungskrise, unter der Schwellen- und Entwicklungsländer am meisten leiden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich zu

ihrer Rolle in der Welt und der damit einhergehenden Verantwortung bekannt. Die jüngste Förderung der Globalen Bildungspartnerschaft ist eine klare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und sendet ein wichtiges Signal an die internationale Staatengemeinschaft. Um jedoch die Langzeitfolgen der Pandemie zu bekämpfen und nachhaltigen Fortschritt zu erreichen, bedarf es weiterer, fortlaufender Maßnahmen. Denn die Vermittlung von Grundkompetenzen ist eine zentrale Voraussetzung zur Überwindung von Armut, für selbstbestimmtes Handeln und Teilhabe und daher von außerordentlicher Wichtigkeit für die Entwicklungszusammenarbeit – Bildung ist ein Menschenrecht."

### Wie kommen Österreichs Schulen durch die Corona-Pandemie?

#### Gespräch mit Bundesminister Heinz Faßmann

**Europathemen**: Im Herbst droht eine vierte Welle der Pandemie. Wie gut sind die österreichischen Schulen darauf vorbereitet?

Die österreichischen Schulen sind ausgezeichnet auf den Herbst vorbereitet. Vier Säulen tragen unser Sicherheitskonzept für diesen Herbst: Testen, Impfen, Luftreinigungsgeräte für alle Schulen, die Bedarf angemeldet haben, weil Lüften nicht möglich ist sowie ein Frühwarnsystem durch die Analyse von Abwasser aus 116 ausgewählten Kläranlagen, deren Standorte auf alle Bundesländer verteilt sind. Mit dieser Methode können lokale Infektionsgeschehen bereits mehrere Tage vor einem positiven PCR-Test erkannt und frühzeitig entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

**Europathemen**: Welche Regeln gelten zur Sicherung des Präsenzunterrichts?

Alle Schülerinnen und Schüler mussten sich in der dreiwöchigen Sicherheitsphase nach Schulbeginn dreimal in der Woche testen, mindestens einmal davon mit einem PCR-Test. In der Bundeshauptstadt Wien wurden sogar mindestens zwei PCR-Tests in der Woche in allen Schultypen durchgeführt. Alle Tests werden den Schulen zur Verfügung gestellt. So konnten bereits zu Schulbeginn Hunderte infizierte Reiserückkehrer gefunden und aus den Infektionsketten gezogen werden. Nach Ablauf der Sicherheitsphase ist das Testen für bereits geimpfte Schülerinnen und Schüler nicht mehr verpflichtend, freiwillig können sie aber selbstverständlich weiterhin am Testprogramm teilnehmen. Insgesamt betrachtet gibt es in Österreich inzwischen aber glücklicherweise einen breiten gesellschaftlichen Konsens quer durch alle Parteien und Bevölkerungsschichten, dass die Schulen in diesem Jahr nach Möglichkeit durchgehend geöffnet bleiben sollen.

**Europathemen**: Wie will Österreich in den Kindertagesstätten, an den allgemein- und berufsbildenden Schulen und den Hochschulen eine ausreichende Impfquote erreichen?

Die Impfquote der Lehrkräfte an den österreichischen Schulen lag mit Stand vom Ende August bei 82 Prozent, die der Studierenden lag zum selben Erhebungszeitpunkt bei rund 79 Prozent. Das sind fantastische Quoten, die an sich schon viel zu einem sicheren Schul- und Universitätsbetrieb beitragen und die sich in den vergangenen Wochen nochmals

deutlich verbessert haben dürften. Zusätzlich finden in allen Bundesländern niederschwellige Impfaktionen für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Studierenden statt. So tourt etwa ein Impfbus durch Niederösterreich und fährt die dortigen Standorte an. In Wien wiederum kommen mobile Impfteams an die Schulen und impfen dort die Schülerinnen und Schüler, die sich für die Aktion anmelden. Die Zuständigkeit für die Kindertagesstätten liegt bei den Ländern.



**Europathemen**: Wie ist der Stand der Digitalisierung an den Schulen? Wo steht Österreich hier im europäischen Vergleich?

An den österreichischen Schulen findet gerade die größte digitale Investition statt, die es je gegeben hat. Dieser Tage werden 150.000 Laptops und Tablets an österreichische Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Schulstufe ausgeliefert. In den kommenden Jahren wird diese Aktion jeweils an den 5. Schulstufen fortgesetzt werden. Begleitet wird die Ausstattung mit digitalen Endgeräten von zahlreichen pädagogischen Maßnahmen sowie diversen Fortbildungsangeboten für die Lehrkräfte, damit die Geräte im Unterricht auch bestmöglich verwendet werden können.

**Europathemen**: Welche Perspektiven sehen Sie für den Europäischen Bildungsraum, den die EU-Kommission bis 2025 vollenden will?

Rufen wir uns die Grundidee des Europäischen Bildungsraumes in Erinnerung: junge Menschen in der EU sollen die beste Bildung und Ausbildung erhalten und sollen auf dem gesamten Kontinent ohne Hindernisse studieren und lernen können.

Der Europäische Bildungsraum, wie ihn die EU Kommission vorschlägt, ist ein Zusammenführen aller Initiativen, die es im Bildungsbereich auf EU Ebene gibt. Das beinhaltet Initiativen, die mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad haben wie die Europäischen Hochschulen im Rahmen von Erasmus+ oder die Zentren der Beruflichen Exzellenz. Neu hinzu kommen nun auch noch die Lehrkräfteakademien, die Erasmus Teacher Academies. Das inkludiert Awards wie den Europäischen Preis für innovativen im Unterricht, bei dem heuer drei österreichische Schulen ausgezeichnet werden sollen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird in den kommenden Jahren auf die Themen grüner und digitaler Wandel gelegt. Der größte Mehrwert in der EU Bildungszusammenarbeit erfolgt aus meiner Sicht durch den Austausch von good practice und durch Mobilität und Sprachenlernen im Rahmen von Erasmus+. Ein wichtiges österreichisches Anliegen ist es aber auch, die Anerkennung von Abschlüssen von berufsbildenden höheren Schulen zu stärken.

Die Idee bis 2025 einen vollendeten Bildungsraum zu erreichen ist reichlich ambitioniert; es wird auch darüber hinaus wohl noch weitergearbeitet werden müssen.

**Europathemen**: Brauchen wir in Europa gemeinsame Standards, um die Qualität der Bildung zu sichern?

Das glaube ich persönlich nicht. Bildungspolitik ist laut den EU Verträgen ganz klar in nationaler Hand. Das Subsidiaritätsprinzip besagt ja, dass die EU nur in jenen Bereichen tätig wird, in denen sie ein Problem wirksamer lösen kann. Daher haben wir im Wesentlichen nur eine EU Verordnung: Jene, die Erasmus+ regelt. Wichtig sind aber natürlich gewisse Qualitätskriterien, wenn unsere Bildungsinstitutionen mit anderen europäischen Einrichtungen kooperieren oder Schülerinnen und Studierende in anderen Mitgliedstaaten lernen. Beispiel Bologna: Bereits seit 2015 gibt es Standards und Leitlinien für die Qualitätssicherung.

**Europathemen**: Wie soll die Mobilität von Lernenden und Lehrenden in Europa – jenseits der Pandemiebeschränkungen – weiter verbessert werden?

Durch die neue Erasmus+-Programmperiode können wir in den kommenden Jahren deutlich mehr jungen Menschen und Lehrenden einen Auslandsaufenthalt ermöglichen, als in früheren Programmperioden. Das liegt primär an den finanziellen Rahmenbedingungen: Im Vergleich zur Vorgängerprogrammperiode wurde das Erasmus+ Budget mit 26,2 Milliarden Euro beinahe verdoppelt, insgesamt sollen mit Hilfe dieser Mittel bis zu zehn Millionen Europäer direkt vom Programm profitieren können.

Zu den Profiteuren zählen auch Lehrlinge. Ziel einer gemeinsamen Initiative mit dem BMDW, der Wirtschaftskammer (WKO) und dem Österreichischen Austauschdienst (OeAD), ist es, Lehrlingsmobilität zu erhöhen. Betriebe, Ausbildende, Berufsschulen, Lehrlinge und Eltern sollen so künftig besser über die Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten informiert und untereinander vernetzt werden.

**Europathemen**: Wie sieht die österreichische Bundesregierung Europas Zukunft? Was erwarten Sie von der Konferenz zur Zukunft Europas?

Die Corona-Pandemie hat uns eindrucksvoll gezeigt, wo die Stärken und Schwächen der Europäischen Union liegen. Sie hat uns aber auch gezeigt, was es bedeutet, wenn plötzlich von einem Tag auf den nächsten Grenzen geschlossen sind oder der freie Handel eingeschränkt wird. Wir haben uns schon so sehr an die Vorteile der Europäischen Union gewöhnt, dass wir sie oft vergessen. Dennoch erwarten sich die Bürgerinnen und Bürger Europas zurecht oft mehr von der EU. Die Zukunft Europas liegt aus meiner Sicht darin, sich wieder um die großen Fragen der Zukunft zu kümmern, wobei ich hier vor allem die Digitalisierung, den Klimawandel und die Migration anführen würde. Wichtig ist aber auch, die Bürgerinnen und Bürger künftig wieder stärker in europäische Prozesse einzubinden. Hier kommt die Konferenz zur Zukunft Europas ins Spiel. Viele Menschen haben das Gefühl, die Europäische Union sei in Brüssel oder Straßburg. In Wahrheit muss die Europäische Union aber genau dort sein, wo die Menschen Sorgen, Wünsche und Probleme haben. Genau hier soll nun auch die Konferenz zur Zukunft Europas ansetzen: Sie ist als ergebnisoffener und basisdemokratischer Prozess konzipiert – die Bürgerinnen und Bürger sind jetzt am Wort. Insofern habe ich hier durchaus hohe Erwartungen an die Konferenz zur Zukunft Europas.

# Erasmus+: Der Austausch wird gerechter, digitaler und grüner

Die Europäische Kommission hat das Erasmus+-Jahresarbeitsprogramm 2021-2027 mit einem Budget von 26,2 Milliarden Euro genehmigt. Mit dem erneuerten Programm werden Projekte zur Förderung des Lernens und der multinationalen Zusammenarbeit für zehn Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen und mit unterschiedlichem Hintergrund finanziert. Das Programm zielt auch darauf ab, die grüne und digitale Bewegung zu unterstützen.

In einer Pressemitteilung betonte die Kommission, dass das Budget für das Programm verdoppelt wurde, verglichen mit 14,7 Milliarden Euro für das vorherige Programm für 2014-2020. Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission und zuständig für die Förderung der europäischen Lebensweise, begrüßte den Start des neuen Erasmus+ Programms, das sich als eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union erwiesen habe.

"Die Tatsache, dass das Erasmus+-Budget für die nächsten sieben Jahre fast verdoppelt wurde, zeigt, welche Bedeutung der Bildung, dem lebenslangen Lernen und der Jugend in Europa beigemessen wird", so Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend. Erasmus+ sei nach wie vor ein einzigartiges Programm, was seine Größe, seinen Umfang und seine weltweite Anerkennung angehe. Es decke 33 Länder ab und sei durch seine internationalen Aktivitäten auch für den Rest der Welt zugänglich.

Das neue Erasmus+ Programm bietet europäischen Jugendlichen die Möglichkeit, im Ausland zu studieren sowie an Praktika, Lehrlingsausbildungen und Personalaustausch in allen Bildungsbereichen teilzunehmen. Darüber hinaus ermöglicht es grenzüberschreitende Projekte zwischen Hochschuleinrichtungen, Schulen und anderen Lern- und Ausbildungszentren durch verschiedene Investitionen. Zu den wichtigsten Neuerungen zählen unter anderem die inklusiven Maßnahmen. So wird Menschen mit schlechteren Grundvoraussetzungen, einschließlich Menschen mit unterschiedlichem sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Hintergrund sowie Menschen, die in ländlichen und abgelegenen Gebieten leben, die Chance gegeben, an dem Programm zu partizipieren. Auch die Zusammenarbeit mit Drittländern wird ausgebaut, um die Internationalität des Programms zu erhöhen.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie gab es im Bildungsbereich viele Verlagerungen in digitale Formate. Auch Erasmus+ zielt darauf ab, den Ausbau digitaler Kompetenzen im Einklang mit dem Plan für digitale Bildung zu fördern. Das neue Format ermöglicht kurzfristige physische Aufenthalte im Ausland, begleitet von Teamarbeit und Online-Lernen. Das Programm wird mit der Einführung der Europäischen Studentenkarte digitalisiert. So soll jeder Studierende einen digitalen Europäischen Studentenausweis, der in der gesamten Europäischen Union verwendet werden kann, erhalten. "Die Zukunft ist digital, und diese erneuerte App wird dafür sorgen, dass die Studenten noch papierloser werden", heißt es in einer von der Europäischen Kommission herausgegebenen Presseerklärung. Die Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Mariya Gabriel, beschrieb die Anwendung als zentrale Anlaufstelle für mobile Erasmus+-Studenten. Sie fügte hinzu, dass die Studierenden weniger Zeit mit den administrativen Anforderungen verbringen würden und mehr Flexibilität hätten. Die Europäische Studentenkarte, die über die App erhältlich ist, sei ein wichtiger Schritt hin zu einem echten europäischen Bildungsraum. Einem, in dem sich jeder Student einbezogen fühlt und Zugang zu den gleichen Dienstleistungen und die gleiche Anerkennung seines Bildungshintergrunds erhalte. Außerdem wird das Programm in Anlehnung an den europäischen Green Deal den Teilnehmenden, die nachhaltige Verkehrsmittel nutzen, finanzielle Vorteile bieten.

Daneben stellt DiscoverEU einen wesentlichen Teil des neuen Programms dar. In diesem Zusammenhang wird Jugendlichen die Möglichkeit geboten, einen Bahnfahrschein zu erwerben, um in Europa zu reisen, Mitbürgerinnen und Mitbürger zu treffen und andere Kulturen kennenzulernen. Das Programm wird auch Austausch- und Kooperationsmöglichkeiten durch Beteiligungsaktivitäten für Jugendliche fördern, um das Bewusstsein für die gemeinsamen europäischen Werte und grundlegenden Menschenrechte zu schärfen und junge Menschen auf nationaler Ebene zusammenzubringen.

600.000 Hochschulstudierende werden im Studienjahr 2021/22 im Rahmen von Erasmus+ im Ausland studieren, darunter mehr als 150 Studierende aus Indien. Letztere haben Stipendien erhalten und werden in europäischen Ländern studieren. Unter ihnen sind 74 weibliche und 79 männliche Studierende. Seit seiner Einrichtung im Jahr 1987 haben zehn Millionen Menschen mit Unterstützung des Erasmus-Programms im Ausland studiert.

#### EU-Kinderrechtsstrategie: Brüssel will den Kreislauf der Benachteiligung brechen

Am 20. November 2019 feierte Europa den 30. Jahrestag des Übereinkommens über die Rechte des Kindes. Das Europäische Parlament organisierte eine hochrangige Konferenz, an der die belgische Königin, EU-Beamtinnen und Beamte, internationale Menschenrechtsorganisationen sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure teilnahmen. Somit sollte ein starkes Zeichen für die Bereitschaft zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren gesetzt werden, um den Schutz der Kinderrechte zu verbessern.

Die Konvention selbst war ein bahnbrechender Moment in der Entwicklung der Menschenrechte, da sie die besonderen Bedürfnisse des Kindes anerkannte und einen entscheidenden Moment für die Entwicklung der europäischen Gemeinschaft markierte. Seit der Verabschiedung des Übereinkommens wurden in vielen europäischen Ländern unter Beteiligung der EU-Institutionen, der nationalen Regierungen und der Zivilgesellschaft erhebliche Fortschritte im Bereich der Kinderrechte erzielt. Die ehrgeizige Vision von universellen Kinderrechten verblasst jedoch, wenn sie mit Systemen konfrontiert wird, die von Land zu Land ein unterschiedliches Maß an Rechten und Schutz bieten.

Drei Jahrzehnte nach der Verabschiedung der Konvention ist Europa immer noch mit sozialen Ungleichheiten konfrontiert, die viele Kinder belasten. Artikel 2 der Konvention zielt darauf ab, Diskriminierung zu verhindern. Allerdings zeigt sich, dass Kinder immer noch mit Ungleichheiten beim Zugang zu den durch die Konvention garantierten sozialen und wirtschaftlichen Rechten konfrontiert sind. Die Kommission beklagt Kinderarmut und soziale Ausgrenzung als Realität vieler europäischer Kinder.

Die Anfang 2021 vorgelegte, neue umfassende EU-Kinderrechtsstrategie und die Kindergarantie beruhen auf umfassenden Konsultationen mit Bürgerinnen und Bürgern, Interessengruppen und mehr als 10.000 Kindern. Die EU-Kinderrechtsstrategie umfasst sechs zentrale Handlungsfelder: Kinder als Akteure des Wandels im demokratischen Leben, das Recht der Kinder, ihr Potenzial unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund voll auszuschöpfen, das Recht der Kinder auf Gewaltfreiheit, auf eine kindgerechte Justiz, auf Sicherheit im digitalen Umfeld und auf Nutzung der sich dort bietenden Chancen sowie ein weltweites Eintreten für die Rechte von Kindern. Kinder sollen in kindgerechter Form Zugang zu den Informationen haben, damit sie genau wissen, welche Rechte sie haben und was die EU in diesem Fall für sie zu tun gedenkt.

Benachteiligung und Ausgrenzung in jungen Jahren haben Auswirkungen auf die Fähigkeit der Kinder, später erfolgreich zu sein. Das bedeutet, dass sie eher die Schule abbrechen und später weniger Chancen haben, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Dadurch entsteht oft ein Kreislauf der Benachteiligung über Generationen hinweg. Die Europäische Kindergarantie zielt darauf ab, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Sie bietet den Mitgliedstaaten Leitlinien und Mittel zur Unterstützung von Kindern in Not, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind.



Sandra van Heemskerk, stellvertretende Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft: "Dass die EU-Länder die Konvention ratifiziert haben, bietet Garantien für die Rechte von Kindern. Dies reicht jedoch nicht annähernd aus, um die jüngste Genera-

tion vor den verheerenden Auswirkungen der Armut auf ihre Entwicklung und ihr Wohlergehen zu schützen. Laut Eurostat waren im Jahr 2019 22,5 Prozent und somit 18 Millionen Kinder in Europa von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Diese Zahlen sind besorgniserregend! Was die Kinder daran hindert, in der Ausbildung und später im Berufsleben erfolgreich zu sein, um so den Kreislauf der Armut zu durchbrechen? Ein niedriges Einkommen der Familie, das nicht ausreicht, um sich eine angemessene Ernährung, den Zugang zu medizinischer Versorgung, Medikamenten und Impfungen zu leisten. Solche sozialen Ungleichheiten führen zu gesundheitlichen Ungleichheiten und betreffen Kinder von Geburt an. Die Situation macht deutlich, dass einige Mitgliedstaaten die Ziele der Konvention nicht erreichen. Die europäischen Länder haben noch einen langen Weg vor sich, um den vollen Schutz der Kinderrechte zu erzielen. Sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten müssen sich mehr anstrengen und sich stärker engagieren. Sie müssen einen gleichberechtigten Zugang zu Rechten sicherstellen, das Armutsrisiko verringern und somit die gesundheitliche Chancengleichheit für die Kinder gewährleisten."

# Neue Ansätze für eine zukunftsfeste berufliche Bildung

Insbesondere in Deutschland hat das System der beruflichen Bildung einen sehr guten Ruf und nimmt auch im internationalen Vergleich häufig eine Vorbildfunktion ein. Gesamtgesellschaftlich betrachtet gilt die berufliche Bildung als wichtige Grundlage für Innovation, Wirtschaftswachstum, Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt. Insbesondere mit Blick auf die pandemiebedingt geschwächte Wirtschaft wird ihr eine zentrale Rolle zuteil, um gestärkt aus der Krise hervorgehen zu können.

Vor dem Hintergrund, dass die Ausbildungspolitik in die nationalen und regionalen Kompetenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union fällt und der Vorreiterrolle unseres dualen Ausbildungssystems stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit der Kooperation im Bereich der beruflichen Bildung auf europäischer Ebene. Betrachtet man die Vielfalt an Herausforderungen, vor denen unsere Wirtschaft und Gesellschaft und damit auch das System der beruflichen Bildung stehen, wird die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Herangehensweise offensichtlich:

Bedingt durch die enge Verwobenheit zwischen dem System der beruflichen Aus- und Weiterbildung und dem Arbeitsmarkt wirken sich Änderungen auf dem Arbeitsmarkt unmittelbar auf die berufliche Bildung aus. Schon lange agieren Unternehmen im europäischen Wirtschaftsraum nicht mehr als Inseln. Als Teil einer europaweiten Wertschöpfungskette erbringen sie Dienstleitungen und fertigen Produkte über Grenzen hinweg. Dieser zunehmenden Internationalisierung muss bereits in der Ausbildung Rechnung getragen werden. Darüber hinaus stellen die digitale und ökologische Transformation die berufliche Bildung vor neue Herausforderungen. Der bereits bestehende Fachkräftemangel wird sich durch die ungebremste und künftig noch höhere Nachfrage weiter verschärfen, weswegen bereits heute umfangreiche Maßnahmen getroffen werden müssen. Neben der umfangreichen Expertise seitens der Lehrkräfte bedarf es Curricula und einer Ausstattung, die die betriebliche Realität widerspiegeln, um die Auszubildenden auf den Wandel der Arbeitswelt vorbereiten zu können. Insbesondere die Ausstattung und die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte erfordern massive Investitionen, um die künftigen Erwerbstätigen für die Industrie 4.0, Künstliche Intelligenz, Robotertechnik, Big Data und die Nachhaltigkeit zu schulen.

Seitens der Europäischen Union wurde der Handlungsdruck in diesem Bereich erkannt. Übergeordnetes Ziel stellt dabei die Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums bis 2025 dar. Die Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz

bildet dabei den Rahmen für das lebenslange Lernen, die Weiterbildung und Umschulung und wird durch die Osnabrücker Erklärung für den Bereich der Aus- und Weiterbildung spezifiziert. Mit der Unterzeichnung haben sich die zuständigen Minister der Mitgliedstaaten, der Beitrittsländer, Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums, Sozialpartner und die Europäische Kommission für die Modernisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung ausgesprochen. Für den Zweitraum von 2021 bis 2025 werden vier Hauptziele verfolgt, die jeweils mit konkreten Maßnahmen hinterlegt sind: Ein widerstandsfähiges und flexibles System der beruflichen Ausund Weiterbildung, die Etablierung einer neuen Kultur des lebenslangen Lernens, Nachhaltigkeitsaspekte in der beruflichen Bildung sowie die internationale Bildung im europäischen Bildungsraum. Dies soll unter anderem durch einen best-practice Austausch und verstärkte Partnerschaften, die Schaffung von Exzellenzzentren und die verstärkte Früherkennung von Qualifikationsbedarfen erreicht werden. Die Internationalisierung wird zudem durch die umfangreiche Ausweitung von Erasmus+ weiter vorangetrieben, um zum einen Lernenden in der beruflichen Bildung Auslandsaufenthalte zu ermöglichen und zum anderen das internationale Profil von Berufsbildungsinstitutionen zu stärken.



Joachim Maiß, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB): "Die gesamteuropäischen Vorhaben und die akteursübergreifenden Ansätze zeugen davon, dass wir die weitereichenden Herausforderungen im Bereich der

beruflichen Bildung nur in einem gemeinsamen Schulterschluss bewältigen können. Die Europäische Union ermöglicht dabei die wichtige Kooperation von Politik, Wirtschaft, Sozialpartnern und Bildungseinrichtungen, um das System der beruflichen Bildung grenzüberschreitend zukunftsfest zu machen. Daran wird sich messen lassen, ob wir den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen sind, oder die Wettbewerbsfähigkeit unseres deutschen und europäischen Wirtschaftsstandorts langfristig aufs Spiel setzen."

#### Kommission bekräftigt Vorrang des EU-Rechts

Das polnische Verfassungsgericht verkündete am 7. Oktober seine Entscheidung, europäisches Recht habe keinen prinzipiellen Vorrang vor nationalem Recht. Die Europäische Kommission reagierte umgehend und bekräftigte die Grundprinzipien der Rechtsordnung der Union. Das EU-Recht habe Vorrang vor nationalem Recht, einschließlich verfassungsrechtlicher Bestimmungen. Sämtliche Urteile des Europäischen Gerichtshofs seien für alle Behörden der Mitgliedstaaten, einschließlich der nationalen Gerichte, bindend. Das polnische Verfassungsgericht ist, anders als etwa das Bundesverfassungsgericht, kein unabhängiges Gericht mehr. Die polnische Regierung hat unliebsame Richter durch eine fragwürdige Gesetzesregelung in den Ruhestand versetzen und durch folgsame Richter ersetzen lassen. Sie hat zudem eine von ihr kontrollierte richterliche Disziplinarkammer geschaffen. Die Kommission kündigte an, das ordnungsgemäße Funktionieren der Rechtsordnung der Union zu gewährleisten und sicherzustellen. In Polen demonstrierten nach der Urteilsverkündung Zehntausende gegen die autoritäre Regierung. Die Angst vor einem Ausscheiden Polens aus der Union steht im Raum. Zwar will kaum jemand in Polen einen Polexit. Das Gerichtsurteil wird aber von EU-Experten als unvereinbar mit der Mitgliedschaft gewertet.

>>> Mehr

#### **EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus**

Am 5. Oktober stellte die Europäische Kommission erstmals eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vor. Trauriger Hintergrund ist die Zunahme von Antisemitismus und damit einhergehender Verbrechen in Europa. Die Strategie sieht drei zentrale Handlungsfelder vor. Zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus will die Kommission mehr EU-Mittel bereitstellen und die Mitgliedstaaten unterstützen. Vor allem antisemitische Hetze im Internet soll auch in Zusammenarbeit mit der IT-Industrie bekämpft werden. Zum Zweiten will Brüssel Mittel zur Verfügung stellen, um jüdisches Leben zu schützen und zu fördern. Dabei geht es sowohl um Sicherheit im öffentlichen Raum als auch um die Förderung von jüdischer Kultur und jüdischen Traditionen. Schließlich sind Förderprogramme für Aufklärung, Forschung und Gedenken an den Holocaust vorgesehen. Die EU will auch auf ihre Nachbarschaft einwirken, Antisemitismus zu bekämpfen. Die Umsetzung der Strategie erfolgt über einen Zeitraum von neun Jahren. Die Mitgliedstaaten haben sich darüber hinaus verpflichtet, nationale Strategien zu entwickeln und der Kommission bis Ende 2022 vorzulegen.

Brüssel für mehr Einsatz gegen Desinformation

Desinformation bleibt auch für staatliche und überstaatliche Stellen eine große Herausforderung. Die Europäische Kommission veröffentlichte am 1. Oktober Berichte von Google, Facebook, Twitter, TikTok und Microsoft über ihre jüngst ergriffenen Maßnahmen, Desinformation auf ihren Plattformen zu verhindern. Die Kommission spricht sich für eine Überarbeitung des 2018 erstellten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation aus. 2020 hatte die Kommission Unzulänglichkeiten am Kodex festgestellt. Die Kommission forderte bereits in ihren Leitlinien vom Mai 2021 eine Reihe von Maßnahmen für ein sicheres Online-Umfeld und mehr Transparenz bei den Internet-Plattformen. Besonders die Covid-Krise erwies sich als Stresstest für den Verhaltenskodex. Binnenmarktkommissar Thierry Breton begrüßte es, dass immer mehr Online-Plattformen, Technologieanbieter, zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachverbände den Kodex unterzeichnen und stärken wollen, mahnte aber, der Privatsektor müsse ambitionierter sein und neue, noch nicht rechtswirksame EU-Vorschriften für digitale Dienste umgehend anwenden.

>>> Mehr

#### Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung

Mehr Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Ziel der Europäischen Kommission. Dieses Ziel findet sich auch im Sondierungspapier der möglichen Ampelkoalition in Deutschland. Die Konferenz zur Zukunft Europas, die seit Mai auf europäischer Ebene tagt, soll dafür beispielhaft sein. Der Europäischen Kommission geht es um nicht weniger als um "neuen Schwung für die Demokratie in Europa". Am 6. Oktober richtete sie in ihrer Gemeinsamen Forschungsstelle ein Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung und deliberative Demokratie ein. Dieses soll die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Politik stärken. Die für Werte und Transparenz zuständige EU-Kommissarin, Vera Jourová, erklärte, es gelte mehr für den Schutz der europäischen Demokratie zu tun. "Die Notwendigkeit, eine lebendige Zivilgesellschaft zu fördern und die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an einem gesunden und digitalen Umfeld in der gesamten EU zu verbessern, bestimmt in der Gegenwart und in den kommenden Jahren die Ausrichtung der Arbeit der Kommission."

>>> Mehr



## Empfehlung zum besseren Schutz von Journalistinnen und Journalisten

Die Präsidentin der Europäischen Kommission kündigte in ihrer Rede zur Lage der Union eine Initiative zur Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten und anderen Medienschaffenden vor. Tags darauf, am 16. September, veröffentlichte die Kommission Empfehlungen an die Mitgliedstaaten. Diese betreffen die Sicherheitsbehörden, rufen zu mehr Zusammenarbeit mit Europol und Eurojust auf, appellieren allerdings damit auch an Mitgliedstaaten, in denen die Regierung und die ihr unterstehenden Behörden die Medienfreiheit unterdrücken. Auch die weiteren Empfehlungen für einen besseren Schutz von Medienvertreterinnen und vertretern, für mehr Online-Sicherheit und eine Stärkung der digitalen Kompetenz, den Umgang mit Minderheiten und Gleichstellungsfragen beurteilen Betroffene zwar grundsätzlich positiv. Im Kern bleiben diese Empfehlungen aber ein unverbindliches Instrument, das angesichts der in vielen EU-Staaten sehr schwierigen Lage der Presse nicht ausreichen dürfte, wie kritische Stimmen etwa im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sagen. Weitere 18 Monate abzuwarten und die Maßnahmen der Mitgliedstaaten erst dann zu bewerten, erscheint vielen unzureichend.

>>> Mehr

#### Freiheit und Vielfalt der Medien in Europa sichern

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) verabschiedete am 22. September eine Initiativstellungnahme zur Medienfreiheit und -vielfalt des dbb Vertreters Christian Moos. Die Stellungnahme fordert konkrete Schritte gegen jene EU-Staaten, in denen Journalistinnen und Journalisten bedroht sind und die Medienfreiheit ausgehöhlt wird. "Da einige Mitgliedstaaten nicht bereit sind, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, sind die EU-Organe verpflichtet, die europäischen Werte durchzusetzen und das Funktionieren der liberalen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten." Der EWSA fordert die Kommission auf, EU-Gelder für Staaten zu sperren, die gegen die Medienfreiheit verstoßen. Zudem unterstreicht der Bericht die Notwendigkeit eines gesetzlichen Verbots von strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung, mit denen Journalistinnen und Journalisten mundtot gemacht werden sollen. Neben vielen weiteren konkreten Maßnahmen regt die Stellungnahme die Schaffung eines unabhängigen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks an.

>>> Mehr

#### Zweiter Bericht zur EU-Arbeitslosenhilfe

Am 22. September veröffentlichte die Europäische Kommission den zweiten Bericht zur Wirkung des SURE-Instruments, das die Mitgliedstaaten bei ihren Pandemie bedingten Arbeitsmarktmaßnahmen unterstützen soll. SURE ist mit 100 Milliarden Euro ausgestattet. Einige EU-Staaten sehen darin den Einstieg in eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, also eine dauerhafte Einrichtung, die die nationalen Arbeitslosenversicherungen entlastet. Andere Mitgliedstaaten bestehen darauf, dass das SURE-Instrument nur befristet geschaffen wurde, um der Jahrhundertkrise der Pandemie solidarisch zu begegnen. Die Kommission stellt jedenfalls fest, dass im Jahr 2020 knapp 1,5 Millionen Menschen in der EU dank SURE beziehungsweise der Finanzierung von Kurzarbeitergeld nicht arbeitslos geworden seien. Insgesamt wurden bis heute 31 Millionen Arbeitnehmer auch aus SURE-Mitteln unterstützt. Bislang wurden von den Mitgliedstaaten 94 Milliarden Euro zu äußerst günstigen Darlehensbedingungen abgerufen. Es verbleiben also noch sechs Milliarden Euro zur Abfederung der Folgen einer etwaigen vierten Welle der Infektionen. Sozialkommissar Nicolas Schmit erklärte: "Das Instrument hat dabei geholfen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Jetzt müssen wir ebenso entschlossen und rasch handeln, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik für einen beschäftigungswirksamen Aufschwung auf dem sich wandelnden Arbeitsmarkt zu schaffen."

>>> Mehr

#### Einigung über eine globale Steuerreform

Am 8. Oktober einigten sich die Mitgliedstaaten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf eine internationale Reform der Besteuerung. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, pries diese Einigung, die der amtierende Bundesfinanzminister Olaf Scholz und mögliche nächste Bundeskanzler mit verhandelt hat. Die Einigung sei ein wichtiger Schritt hin zu einem gerechteren globalen Steuersystem, so von der Leyen. Die Europäische Kommission habe die entsprechenden internationalen Bemühungen nachdrücklich unterstützt. "Dass Großunternehmen angemessene Steuern entrichten sollen, ist nicht nur eine Frage der öffentlichen Finanzen", sagte die Präsidentin. Es sei grundsätzlich eine Frage der Gerechtigkeit. "Wir wollen eine Gemeinschaft, in der es ein einheitliches Regelwerk für alle gibt. Alle Unternehmen müssen ihren gerechten Anteil zahlen." Von der Leyen kündigte darüber hinaus an, weiter gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung vorgehen zu wollen.

#### Digitale Technologien für Schulen

Aus Anlass des Weltlehrertags hat die Europäische Kommission am 5. Oktober die Einführung eines neuen Online-Werkzeugs für Lehrkräfte angekündigt. Dieses soll den Einsatz digitaler Technologien im Unterricht an Primär- und Sekundarschulen unterstützen. Anhand einer Reihe von Fragen können die Lehrkräfte mithilfe des Tools "Selfie for Teachers" ihre digitalen Kompetenzen anonym einschätzen und ermitteln, wo Weiterbildung sinnvoll ist. Bildungskommissarin Mariya Gabriel dankte den Lehrkräften für ihre beeindruckende Arbeit. Digitale Technologien seien erforderlich für die schulische Ausbildung der heutigen Schülergeneration. Das Tool ist in deutscher Sprache verfügbar. Eine Pilotversion wurde im Frühjahr mit mehr als 4.000 Lehrkräften in fünf Ländern, Estland, Irland, Italien, Litauen und Portugal, getestet. Das Feedback sei positiv gewesen, berichtet die Kommission. Die Lehrkräfte hielten das Werkzeug für sehr nützlich und für sich relevant. Die Kommission arbeitet an der Entwicklung weiterer Ressourcen und von Unterstützungsmaterial für Lehrkräfte.

>>> Mehr

#### Einsatz von KI durch die Polizei

Künstliche Intelligenz (KI) findet sich immer mehr im Alltag der Menschen. In der Forschung ist sie einer der wichtigsten Trends, in der Wirtschaft bereits weit verbreitete Realität. KI kann zur Überwachung eingesetzt werden. In China ist dies bereits den Alltag der Menschen prägende Realität. Die Menschen werden an ihren Gesichtern oder sogar an ihrer Gangart erkannt und registriert, alle Bewegungen aufgezeichnet und analysiert. Mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Demokratie wäre dies nicht vereinbar. Das Europäische Parlament hat deshalb am 6. Oktober eine Entschließung verabschiedet, die ein Verbot von KI-basierter vorausschauender Polizeiarbeit und Bewertung der Bürgerinnen und Bürger ("Scoring") fordert. Auch private Gesichtserkennungsdatenbanken sollen in Europa nicht zugelassen werden. Automatisierte Erkennung sollte auch nicht für Grenzkontrollen oder im öffentlichen Raum eingesetzt werden, fordert eine große Mehrheit der Abgeordneten. Die Entschließung wurde mit 377 gegen 248 Stimmen bei 62 Enthaltungen angenommen.

>>> Mehr

#### Illegale Hassreden im Internet

Die Europäische Kommission verabschiedete am 7. Oktober die Ergebnisse ihrer aktuellen Bewertung des Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet. Die Ergebnisse zeigen laut Kommission ein gemischtes Bild. Durchschnittlich überprüften die IT-Unternehmen innerhalb von 24 Stunden 81 Prozent der Meldungen und entfernten 62,5 Prozent der gekennzeichneten Inhalte. Diese Werte sind schlechter als in den Jahren zuvor. Die Kommission machte deutlich, dass die IT-Unternehmen sich nicht ausruhen könnten. Das Gesetz über digitale Dienste werde starke Regulierungsinstrumente vorsehen. Justizkommissar Didier Reynders erklärte, der demokratische Raum und die Grundrechte seien zu schützen. "Ich bin zuversichtlich, dass eine rasche Verabschiedung des Gesetzes über digitale Dienste dazu beitragen wird, einige der bestehenden Schwachstellen zu beheben, darunter Mängel hinsichtlich der Transparenz und die unzureichenden Rückmeldungen an Nutzer." Die Kommission kündigt an, die Umsetzung des Verhaltenskodex weiter zu überwachen. Brüssel fordert die IT-Unternehmen auf, den Dialog mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Organisationen der Zivilgesellschaft zu intensivieren, um Lücken zu schließen.

>>> Mehr

#### Neues Asyl- und Migrationspaket

Ein Jahr nach der Annahme eines Vorschlags für ein neues Migrations- und Asylpaket legte die Kommission am 29. September einen Bericht vor. Außerdem nahm sie einen neuen Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten und eine Mitteilung zur Anwendung der Richtlinie über Sanktionen gegen Arbeitgeber an. Die Kommission strebt ein geordnetes europäisches Management der Migration an. Die Mitgliedstaaten sind aber weiter uneins, die Vorschläge für eine neue europäische Asyl- und Migrationspolitik bleiben blockiert. Dies betrifft die Frage der Aufnahme und Verteilung von Asyl und Schutz suchenden Menschen. In ihrem Bericht stellt die Kommission auch Fortschritte fest. Diese betreffen allerdings vor allem repressive Maßnahmen zur Abwehr von illegaler Migration. Immerhin soll die Ausbeutung von Migranten durch kriminelle Arbeitgeber wirksamer bekämpft werden. Mit Blick auf das Gesamtpaket räumte der Vizepräsident der Kommission, Margaritis Schinas, ein: "Die Annahme [unserer] Vorschläge kommt leider nur sehr schleppend voran."

#### EU-Missionen für Gesundheit, Klima und Umwelt

Ende September kündigte die Kommission eine neue Art der Zusammenarbeit an, um den großen Herausforderungen der Zeit zu begegnen und das Leben der Europäerinnen und Europäer zu verbessern. Mehrere Dienststellen der Kommission arbeiten ressortübergreifend zusammen, um übergeordnete Ziele oder Missionen zu erreichen. Dabei geht es etwa um die Anpassung an den Klimawandel. So will die Kommission Europa bis 2030 "klimaresilient" machen. Sie will den Kampf gegen Krebs verstärken und mehr Mittel für die Forschung, Prävention, Heilung und Lösungen für ein längeres Leben mit der Krankheit einsetzen. Ein verstärkter Schutz der Ozeane und Gewässer ist eine weitere Mission, ebenso das Ziel, bis 2030 100 klimaneutrale und intelligente Städte in der EU zu haben. Schließlich soll in die Gesundung der Böden investiert werden. Die Missionen folgen einem neuen Ansatz der Zusammenarbeit. Die Umsetzung wird mit Hilfe des Programms Horizont Europa finanziert. Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Mitgliedstaaten, Regionen und öffentliche und private Interessenträger sollen eingebunden werden. Bis 2023 steht eine Anschubfinanzierung in Höhe von 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung.

>>> Mehr

# EU und USA: Handels- und Technologierat nimmt seine Arbeit auf

Am 29. September nahm der EU-US Trade and Technology Council (TTC) seine Arbeit auf. Ergebnis der ersten Zusammenkunft unter dem gemeinsamen Vorsitz der Vizepräsidenten der EU-Kommission Margrethe Vestager und Valdis Dombrovskis sowie des US-Außenministers Anthony Blinken und der US-Handelsbeauftragten Gina Raimondo ist die Erklärung von Pittsburgh. Der TTC ist kein neues transatlantisches Handelsabkommen, wie TTIP es sein sollte. Es ist aber der Versuch, in vielen Bereichen Verbesserungen im transatlantischen Handel zu erzielen, Barrieren abzubauen und Handelskonflikte zu vermeiden. Die Vorgehensweise ist nicht umfassend, sondern themenbezogen, soll Schritt für Schritt erfolgen. "America is back" verkünden die US-Emissäre nach den vier chaotischen Jahren mit Donald Trump im Weißen Haus. Auch der überstürzte Abzug aus Afghanistan und der Streit mit Frankreich um ein großes U-Boot-Geschäft mit Australien konnten die erste Zusammenkunft des TTC nicht stoppen. In Brüssel hofft man auf die gemeinsame Sicherung strategisch bedeutsamer Ressourcen und Zugänge, gerade mit Blick auf die Digitalisierung und den Kampf gegen die Erderwärmung.

>>> Mehr

#### Europäisches Jahr der Jugend

Am 14. Oktober hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend auszurufen. Europa brauche das Visionäre, das Engagement und das Mitwirken der gesamten Jugend an einer besseren, umweltfreundlicheren, digitaleren und inklusiveren Zukunft. Mit diesem Vorschlag will Europa jungen Menschen bessere Zukunftschancen bieten. Mit dem Europäischen Jahr der Jugend beabsichtigt die Kommission die Generation zu würdigen und zu unterstützen, allen jungen Menschen Mut zu machen, Möglichkeiten zu erweitern sowie Inspiration zu schöpfen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte hierzu: "Corona hat junge Menschen daran gehindert, Gleichaltrige zu treffen, neue Freundschaften zu schließen und neue Kulturkreise zu entdecken oder zu erschließen. Diese Zeit können wir ihnen nicht zurückgeben. Aber wir können heute vorschlagen, 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend auszurufen." Vom Klima über Soziales bis hin zu Digitalem — junge Menschen stünden im Zentrum der politischen Entscheidungen und Prioritäten. Die EU wolle ihnen zuhören, wie es auch auf der Konferenz zur Zukunft Europas getan wird, und so gemeinsam die Europäische Union von morgen gestalten. Eine Union, die stärker sei, wenn sie den Ansprüchen der Jugend gerecht würde – verwurzelt in Werten und kraftvoll im Handeln.

>>> Mehr

#### **Gemeinsame Cybereinheit**

Am 19. Oktober hat der Rat der Europäischen Union Schlussfolgerungen zur Prüfung des Potenzials einer gemeinsamen Cyber-Einheit angenommen. In diesen werden die EU und die Mitgliedstaaten ersucht, den EU-Rahmen für das Krisenmanagement im Bereich der Cybersicherheit weiterzuentwickeln. Dazu soll unter anderem das Potenzial einer gemeinsamen Cyber-Einheit geprüft werden. Der Rat betont in den Schlussfolgerungen, dass bestehende Netze konsolidiert werden müssen und dass eine Bestandsaufnahme etwaiger Lücken und Erfordernisse beim Informationsaustausch innerhalb und zwischen Cybergemeinschaften vorgenommen werden müssen. Dies solle in der Folge zur Vereinbarung möglicher vorrangiger Ziele und Prioritäten einer potenziellen gemeinsamen Cyber-Einheit führen. Der Rat ruft zu weiteren Überlegungen zu einzelnen Elementen der Empfehlung zur gemeinsamen Cyber-Einheit auf, auch im Hinblick auf die Ideen der schnellen EU-Einsatzteams für Cybersicherheit und eines EU-Plans für die Reaktion auf Cybersicherheitsvorfälle und -krisen.

#### "One-in-one-out": Wie die EU-Gesetzgebung vereinfacht werden soll

Das System der Kommission zur besseren Rechtsetzung gilt als eines der fortschrittlichsten Regulierungskonzepte der Welt. Es bewertet systematisch die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen politischer Maßnahmen und gewährleistet eine gleichbleibend hohe Qualität der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften. Nun hat die Kommission eine Reihe weiterer Verbesserungen vorgeschlagen, nicht zuletzt, um die Erholung und Widerstandsfähigkeit der EU auf bestmögliche Weise zu unterstützen. Hierzu gehört unter anderem die Einführung eines an die Politikgestaltung in der EU angepassten "One in, one out"-Ansatzes. Mit diesem soll die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger auf die Auswirkungen und Kosten der Anwendung von Rechtsvorschriften erhöht werden.

In ihren politischen Leitlinien verpflichtete sich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Europa grüner, digitaler und widerstandsfähiger zu machen, damit die aktuellen Herausforderungen bestmöglich bewältigt und die Chancen des technologischen Fortschritts genutzt werden können. In diesem Zusammenhang setzt sich die Kommission mehr denn je dafür ein, politische Maßnahmen und Vorschläge zu entwickeln, die den Menschen und Unternehmen das Leben erleichtern. Der nun geplante "One-in-one-out"-Grundsatz soll die Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen dadurch minimieren, dass den Auswirkungen und den Kosten der Umsetzung der Rechtsvorschriften, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, besondere Beachtung gewidmet wird. Die Kommission möchte mit dem Grundsatz sicherstellen, dass neu eingeführte Belastungen durch eine Verringerung bereits bestehender Belastungen in demselben Politikbereich ausgeglichen werden.

Maroš Šefčovič, Vizepräsident für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau sagte hierzu: "Die Kommission verfügt bereits über eines der weltweit besten Systeme für bessere Rechtsetzung, aber wir müssen noch mehr tun. Daher verstärken wir unsere Bemühungen, um die EU-Gesetzgebung zu vereinfachen und die mit ihr verbundenen Belastungen zu verringern." Dabei müsse die EU die strategische Vorausschau stärker nutzen und die Nachhaltigkeit sowie die Digitalisierung fördern. Die EU könne nur erfolgreich sein, wenn alle Interessenträger zusammen an einer EU-Politikgestaltung von hoher Qualität arbeiten, die dann zu einem stärkeren und widerstandsfähigeren Europa führt.

Mehrere Mitgliedstaaten haben den "One in, one out"-Ansatz bereits auf verschiedene Weise angewandt. Die Erfahrungen in den Mitgliedstaaten haben gezeigt, dass die Einführung des Ansatzes politische Entscheidungsträger dazu veranlasst, über politische Ziele hinauszuschauen. Es lenkt ihre Aufmerksamkeit auf die praktischen Aspekte der Umsetzung von Politiken.



Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach: "Auch die Verwaltung leidet unter unnötiger Bürokratie. Der dbb spricht sich dafür aus, dass neben potentiellen Belastungen für die Wirtschaft mehr als bisher auch Auswirkungen auf die öffentliche Verwaltung mit dem Ziel der Ver-

minderung von Bürokratielasten berücksichtigt werden. Der dbb lehnt es ab, wenn eine quantitative Verringerung des EU-Besitzstandes ohne Prüfung der Folgen für Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz erfolgt. Auch die Folgen der Verringerung des EU-Besitzstandes für die nationalen Verwaltungen sollten berücksichtigt werden. So sind Deregulierungen etwa im Bereich des Finanzmarkts unter Umständen folgenreich für die nationale Steuerverwaltung. Auch weniger EU-Recht im Bereich der inneren Sicherheit kann negative Auswirkungen haben."

Die Kommission beabsichtigt mit der Einführung des Ansatzes eine Politikgestaltung zu stärken, die nicht nur sicherstellt, dass die politischen Ziele erreicht werden, sondern auch stärker darauf geachtet wird, wie diese erreicht werden. In diesem Zusammenhang will sich die Kommission mit der Vereinfachung der Prozesse befassen, die zu den erwarteten politischen Ergebnissen führen und gleichzeitig den Einsatz digitaler Lösungen in Betracht ziehen, um eine reibungslosere und kostengünstigere politische Umsetzung zu fördern. Mit der Änderung soll nicht nur die Belastung durch die Gesetzgebung verringert, sondern generell die Qualität der einzelnen Rechtsvorschriften und damit des gesamten Rechtsbestands verbessert werden.

#### >>> Weiterlesen

#### Die Macht der Daten: Konsultation zum Data Act

Daten gelten als das neue Gold des digitalen Zeitalters. Sie stehen im Mittelpunkt des digitalen Wandels und ihre Bedeutung für die Gesellschaft kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Daten sind Macht und wer Zugriff auf sie hat, gestaltet die Zukunft. Die Europäische Kommission hat diese Bedeutung erkannt und eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Führungsrolle in einer datengestützten Welt zu übernehmen. Grundlage für die gesamten Maßnahmen bildet die am 19. Februar 2020 veröffentlichte europäische Datenstrategie. In dieser formuliert die Kommission eine Vision für die Datenwirtschaft und kündigt eine Reihe von Gesetzesinitiativen an.

#### Der Data Act als Bestandteil der europäischen Datenstrategie

In der europäischen Datenstrategie kündigte die Kommission einen Rechtsakt über Daten (Data Act) an. Mit dieser Gesetzgebungsinitiative sollen Maßnahmen zur Schaffung einer gerechten Datenwirtschaft vorgeschlagen werden. Es geht darum, den rechtmäßigen Zugang zu Daten und deren rechtmäßige Nutzung sicherzustellen. Herzstück der Initiative und für den dbb besonders relevant ist die Ausgestaltung eines Rechtsrahmens für den Austausch von Daten zwischen Unternehmen und Behörden.

Um die Meinung von verschiedenen Interessengruppen zu dieser Initiative einzuholen, hat die Europäische Kommission vom 03 Juni 2021 - 03 September 2021 eine öffentliche Konsultation gestartet. Der dbb hat sich an dieser Konsultation beteiligt und darin ausdrücklich die Initiative der Kommission begrüßt. Die Bereitstellung von Daten aus der Privatwirtschaft für die öffentliche Hand gehört auf die politische Agenda.

#### Die Bedeutung von Daten für die öffentliche Hand

Im Fokus der Öffentlichkeit und ganz oben auf der politischen Agenda steht bereits seit längerer Zeit das Thema Open Government Data. Dabei geht es um die Bereitstellung von Datenbeständen des öffentlichen Sektors zur freien Nutzung und Weiterverwendung für die Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Zahlreiche Gesetze auf europäischer Ebene (PSI-Richtlinie) und auf nationaler Ebene (Erste und zweite Open-Data-Gesetz) setzen hier den rechtlichen Rahmen und verpflichten die Behörden zur kostenlosen Bereitstellung ihrer Daten. Das Thema der Bereitstellung von Daten in die andere Richtung, also das Teilen von Firmendaten mit dem öffentlichen Sektor, spielte in der politischen Diskussion hingegen lange Zeit kaum eine Rolle. Die Corona-Pandemie hat das grundlegend geändert – sie hat gezeigt, wie wichtig die Nut-

zung von Daten aus der Wirtschaft für die Krisenbewältigung und die Krisenprävention sowie für eine fundierte Entscheidungsfindung durch Regierungen ist. Die Rufe wurden lauter, dass auch der Staat die Daten von privaten Unternehmen intensiver nutzen sollte, um Krisen besser zu managen. Das Robert Koch-Institut konnte beispielsweise nur dank der Daten der Deutschen Telekom untersuchen, wie sich die Mobilität der Bevölkerung im Lockdown entwickelt hat.



Friedhelm Schäfer, zweiter dbb Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik: "Die meisten Daten liegen heute bei privaten Unternehmen und hier vor allem bei den großen Digitalriesen Google, Facebook & Co. aus den USA. Der Zugang zu diesen Daten kann der öffentli-

chen Hand wertvolle Erkenntnisse liefern, beispielsweise um den öffentlichen Verkehr zu verbessern, Städte umweltfreundlicher zu machen, Epidemien zu bekämpfen und eine Politikgestaltung zu fördern, die sich stärker auf Fakten stützt. Der Data Act muss dem öffentlichen Sektor einen fairen, zuverlässigen und transparenten Zugang zu diesen Daten ermöglichen."

Der dbb begrüßt daher sehr, dass die Kommission dieses Thema mit dem Data Act adressiert. Ein einheitlicher europäischer Rechtsrahmen für den Austausch von Daten zwischen Unternehmen und Behörden (B2G) im öffentlichen Interesse ist überfällig. Handlungsbedarf besteht, weil die Wirtschaft selbst meist wenig Interesse an der freiwilligen, womöglich kostenfreien Bereitstellung ihrer Daten hat. Eine klare Regelung, die Unternehmen zur Bereitstellung von Daten verpflichtet, wenn diese im öffentlichen Interesse sind ist notwendig. Im öffentlichen Interesse sind Daten dann, wenn sie allgemeine Vorteile für die Gesellschaft als Ganzes - wie wirksame Reaktionen auf Katastrophen oder Krisen und Verbesserungen der öffentlichen Dienstleistungen - haben. Neben klaren Regeln müssen zudem Anreize für Unternehmen zum Teilen ihrer Daten geschaffen werden. Die Europäische Kommission plant, im vierten Quartal 2021 einen Verordnungsentwurf zum Data Act vorzulegen.

(Jonas Brandhorst)

#### Europäischer Katastrophenschutz: Gemeinsames Handeln gegen die Waldbrände in Europa

Eine kolossale Hitzewelle in diesem Sommer, bei der die Temperaturen einen Rekordwert von 48,8 Grad Celsius erreichten, war Hauptursache für zahlreiche Walbrände. Durch diese wurden weite Landstriche in Südeuropa und Nordafrika - von der Türkei, Griechenland und Italien bis Marokko und Algerien - verwüstet und Dutzende von Menschen getötet. In Balkanländern wie Bosnien, Serbien und Bulgarien warnten die Behörden die Bürgerinnen und Bürger, sich während der Mittagszeit nicht der direkten Sonneneinstrahlung auszusetzen. In Nordmazedonien wurden schwangere Frauen und Personen über 60 Jahren vorübergehend von der Arbeit freigestellt, weil die Hitze sie gefährdete.

Diese verheerenden Hitzewellen setzen einen Trend fort, der schon seit mehreren Jahren besteht: Laut einer in der Zeitschrift Nature Geoscience veröffentlichten Studie, ist die seit 2014 anhaltende Serie von Dürren und Hitzewellen die schlimmste, die Europa seit rund 2000 Jahren erlebt hat. Sie verursachte insgesamt Tausende von vorzeitigen Todesfällen und zog die Agrarindustrie des Kontinents in Mitleidenschaft.

"Es ist klar, dass der Klimawandel zu solchen Ereignissen führen wird", sagte der französische Präsident Emmanuel Macron im August nach einer Reise in die Region Saint-Tropez, wo 10.000 Menschen wegen eines Großbrandes evakuiert werden mussten.

Auch laut aktuellen Studien, wie beispielsweise in der Fachzeitschrift Frontiers in Water, werden solche Zustände in naher Zukunft zur Normalität. So wird eine allgemeine Zunahme der Dauer, Anzahl und Intensität von Dürren, einschließlich einer deutlichen Zunahme von Sommertrockenheit und einer Abnahme der Wintertrockenheit in den meisten Regionen prognostiziert. Als wahrscheinliche Brennpunkte gelten die Alpen, der Mittelmeerraum, Frankreich und die Iberische Halbinsel.

Während der diesjährigen Waldbrandsaison in Europa wurde eine Fläche verbrannt, die mehr als doppelt so groß ist wie der Durchschnitt der verbrannten Fläche in der EU im Zeitraum 2008-2020. Viele Stimmen sind sich einig, dass neben effektiven Maßnahmen zur Bekämpfung der globalen Erderwärmung, wie der von der EU angestoßene Green Deal, eine gemeinsame Lösung gefunden werden muss, um den von Waldbränden betroffenen Regionen in ihrer Notlage bestmöglich zu helfen. Der für Umwelt, Meere und Fischerei zuständige Kommissar Virginijus Sinkevičius erläuterte hierzu: "80 Prozent der bekannten Pflanzen und Tiere der Welt sind

in Waldökosystemen zu Hause, und ihre Zerstörung bedeutet für uns alle eine Gefahr. Waldbrände stellen eine immer größere Bedrohung für Wälder und Menschen dar, und in diesem neuen Kontext sind Prävention und Zusammenarbeit unsere wichtigsten Werkzeuge."



Bei seinem Besuch in der Region Attika in der Nähe von Athen, die in diesem Sommer stark von Waldbränden betroffen war, sagte der für Krisenmanagement zuständige EU-Kommissar Janez Lenarčič: "Die derzeitige Waldbrandsaison in Europa war extrem anstrengend und hatte schädliche Auswirkungen auf die Menschen und unsere Ökosysteme. Besonders betroffen war Griechenland, wo wir die schlimmste Welle von Waldbränden seit mehr als einem Jahrzehnt erleben konnten." Lenarčič ist sehr stolz darauf, dass das EU-Katastrophenschutzverfahren und die rescEU-Flotte von Löschflugzeugen ihren Wert einmal mehr unter Beweis gestellt haben - sowohl in Griechenland, aber auch in anderen Regionen des Kontinents. Er weist allerdings darauf hin, dass Bedarf an mehr bestünde. Aus diesem Grund arbeitet die EU mit den Mitgliedstaaten, darunter auch Griechenland, zusammen, um die rescEU-Kapazität an Löschflugzeugen in naher Zukunft zu erhöhen. "Der Aufbau von EU-Reserven und -Kapazitäten ist ein langfristiges Unterfangen, das sich mit den immer deutlicher werdenden Folgen des Klimawandels befasst, um zum Schutz unserer Bürger und unserer Natur beizutragen. Ich möchte jedoch daran erinnern, dass Vorbeugung und Anpassung für die langfristige Bewältigung verschiedener Katastrophen weiterhin von zentraler Bedeutung sind", so Lenarčič.

Zypern, Griechenland, Italien sowie Albanien, Algerien, Nordmazedonien und die Türkei hatten im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens Verstärkung für die Brandbekämpfung angefordert. Daraufhin hat die EU 16 Flugzeuge,

drei Hubschrauber, etwa 1300 Ersthelferinnen und Ersthelfer sowie mehr als 290 Fahrzeuge entsandt.

Allein für Griechenland wurden als Reaktion auf die Hilfeersuche in kurzer Zeit Löschhilfe aus elf EU-Mitgliedstaaten, unter anderem auch Deutschland, mobilisiert, um die nationalen und lokalen Löscharbeiten zu unterstützen. Diese setzten sich aus Teams von Bodenfeuerwehrleuten und Löschflugzeugen sowie Löschflugzeugen aus der EU-eigenen rescEU-Reserve zusammen. Das EU - Katastrophenschutzverfahren, in dem die Ressourcen der Mitgliedstaaten gebündelt werden, und die rescEU-Flotte sind ein flexibles EU-Instrument, mit dem robuste Unterstützung geleistet werden kann, wenn die nationalen Kapazitäten überlastet sind.

Bereits im Oktober 2001 richtete die Europäische Kommission das Katastrophenschutzverfahren ein. Laut Kommission zielt das Verfahren darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den sechs teilnehmenden Staaten im Bereich des Katastrophenschutzes zu verstärken, um die Prävention, die Bereitschaft und die Reaktion auf Katastrophen zu verbessern. Wenn ein Notfall die Reaktionskapazitäten eines Landes in Europa und darüber hinaus übersteigt, ist es dem Land möglich, über das Verfahren Hilfe zu erbitten. Die Europäische Kommission spielt eine zentrale Rolle bei der Koordinierung der weltweiten Katastrophenhilfe und beteiligt sich mit mindestens 75 Prozent an den Transport- und Durchführungskosten der Einsätze.

Generell gilt, dass durch die EU-Katastrophenschutzverfahren die drei Hauptaspekte von Maßnahmen zum Katastrophenschutz abgedeckt werden: Prävention, Bereitschaft und Reaktion auf Katastrophen. Durch das Verfahren werden Schulungsmaßnahmen, Übungen, Studien und Projekte zur Prävention und Vorbereitung sowie der Transport von Sachleistungen in das von einer Katastrophe betroffene Land finanziert. Öffentliche und private Einrichtungen sowie internationale Organisationen sind berechtigt, Vorschläge für Schutzverfahren einzureichen.

Der für den europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans erklärte in diesem Zusammenhang: "Bäume sind unsere Verbündeten im Kampf gegen Klimawandel und Biodiversitätskrise. Bäume tragen dazu bei, die Luft sauberer zu machen und Städte kühler zu halten, und sie nehmen CO2 auf. Die Menschen haben bereits Raubbau an den Wäldern der Welt betrieben, und Waldbrände sind eine zusätzliche Bedrohung." Da die Waldbrändgefahr durch steigende Temperaturen und zunehmende Dürren noch verschärft würde, sei ein verstärkter Waldschutz, eine bessere Prävention und schnellere Gegenmaßnahmen von elementarer Bedeutung.



Ulrich Dohle, Bundesvorsitzender des BDF -Bund Deutscher Forstleute: "Der Klimawandel ist deutlich spürbar in unseren Wäldern angekommen. Unseren Wäldern geht es deutschlandweit schlecht. Waldbrände haben in Deutschland über Jahrzehnte nur eine untergeordnete

Rolle gespielt. Das hat sich stark verändert. Die Anzahl und Ausdehnung von Waldbränden hat sich in Deutschland vervielfacht. Darunter auch Großbrände von mehreren hundert Hektar Größe sogar mit der Notwendigkeit zur Evakuierung der Bevölkerung aus Siedlungsbereichen. Diese Entwicklung wird sich leider fortsetzen. Das stellt uns Forstleute vor große Herausforderungen. Es ist gut, dass auf Ebene der EU mit rescEU entsprechende Kapazitäten für das Katastrophenmanagement aufgebaut werden. Viel wichtiger, effektiver und am Ende preiswerter wäre es aber, wenn mehr in die Prävention investiert würde. Allgemein heißt das: Runter mit den Treibhausgasen! Das vereinbarte Klimaschutzziel von maximal 1,5 Grad darf keinesfalls überschritten werden! Und für unseren Wald heißt das: Der Umbau unserer Wälder hin zu klimastabilen Mischwäldern muss konsequent forciert werden. 25 Prozent unserer Wälder sind noch Monokulturen aus Nadelbäumen. Das sind in Summe drei Millionen Hektar. Um diese bis zum Jahr 2050 umzuwandeln, müsste die jährliche Umbauquote auf 90.000 Hektar vervierfacht werden. Das ist mit dem übrig gebliebenen Forstpersonal nicht zu bewältigen. In den vergangenen 30 Jahren ist nämlich 50 Prozent des Forstpersonals abgebaut worden, statt in Vorsorge zu investieren. Die Quittung dafür erhalten wir leider gerade.

#### Eine europäische Agenda für öffentliche Dienste

Bereits vor der Covid-Pandemie war klar: Viele Bereiche der öffentlichen Dienste sind seit Jahren chronisch unterfinanziert und nur bedingt für Krisen und die großen Herausforderungen unserer Zeit gewappnet. Dies galt und gilt für Deutschland ebenso wie für viele andere Mitgliedstaaten der EU. Nicht zuletzt im Windschatten der Eindrücke und Erlebnisse der Corona-Zeit machen die europäischen unabhängigen Gewerkschaften der CESI erneut Druck auf die EUInstitutionen, eine starke Agenda für Öffentliche Dienste in Europa offensiv voranzutreiben.

Bereits 2016 hatte ein Bündnis aus Gewerkschaften der CESI und sozialen NROs unter dem Dach der europäischen "Social Platform" gewarnt, dass Investitionsstaus in öffentliche Dienste Gift für ein gutes Meistern von schwierigen Zeiten seien und Investitionen in Bereiche wie Gesundheit, Bildung und öffentliche Verwaltungen die beste Prävention darstellten, um in unabsehbaren Krisen horrende Schäden und Kosten zu vermeiden. In der Corona-Pandemie zeigte sich nun in eindrücklicher Weise: Wäre ein Teil der Abermilliarden, die nun in die Krisenbewältigung gesteckt werden müssen, während der letzten Jahre in die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Dienste und sein Personal investiert worden, wären wir als Gesellschaft wahrscheinlich besser durch die Pandemie gekommen und die öffentlichen Dienste nicht in dem Maße an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gestoßen.

Dies war auch Tenor einer hochrangigen Konferenz, die die unabhängigen Gewerkschaften der CESI am 5. Oktober zusammen mit der Brüsseler Denkfabrik European Policy Centre (EPC) abhielt. Unter dem Motto "Towards a strong European public service agenda" verdeutlichten Mitglieder der CESI Entscheidungsträgern der Europäischen Kommission, Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Europäischen Arbeitgeber-Sozialpartnern: Investitionen in den öffentlichen Dienst sind auch über den Gesundheitssektor hinaus dringend nötig.

Dabei zeigte der Austausch auch, dass eine politische Diskussion zum nachhaltigen Wirtschaften in diesem Rahmen ebenfalls geführt werden muss. Klaus Heeger dazu: "Klar ist, dass es auf europäischer Ebene verbindliche und effektive Regeln geben muss, um zu verhindern, dass es zu unkontrollierten Ausgaben und Versickerungen von Geldern in Mitgliedstaaten kommt. Hier muss die Europäische Kommission Mechanismen erarbeiten, die den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität und budgetäre Räume für nötige Investitionen in

ihre öffentliche Dienste ermöglichen, ohne den Stabilitätsund Wachstumspakt zu verletzen, und gleichzeitig sicherstellen, dass Ausgaben auch tatsächlich Investitionen sind, die sich rentieren werden."

Für die Beschäftigten der öffentlichen Dienste – aber auch für die Bürgerinnen und Bürger in Europa – wäre es wünschenswert, dass die Mahnungen ihrer europäischen Interessenvertreter nicht wieder auf taube Ohren stoßen wie noch 2016.

Eine Studie des European Policy Centre (EPC) zur Rolle leistungsstarker öffentlichen Dienste für faire Gesellschaften, die in Zusammenarbeit mit der CESI erarbeitet und im Rahmen der Konferenz am 5. Oktober präsentiert wurde, kann hier eingesehen werden.



CESI Generalsekretär Klaus Heeger: "Die letzten Jahre waren voller unvorhergesehener Herausforderungen – Der 11. September und folgende Terroranschläge auch in Europa, bislang beispiellose Zuzüge von Migranten und Flüchtlingen, die Weltfinanzkrise nach 2008, deren

sozialen und wirtschaftspolitische Auswirkungen noch heute zu spüren sind, und schließlich die Covid-Pandemie. Wir können überzeugt sein: Die nächste Krise kommt, wir wissen nur nicht wann und in welcher Form. Da ist es klug, den öffentlichen Dienst schon jetzt in seiner gesamten Breite angemessen zu finanzieren und leistungsstark aufzustellen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass Investitionen günstiger sind als reaktive Kostenbewältigung."

#### Eine Fachkräfte-Patienten-Quote im Gesundheitswesen und Pflege?

Bereits seit Jahren herrscht in vielen Ländern der EU ein akuter Fachkräftemangel in der Pflege und vielen Bereichen des Gesundheitswesens. Trotz Zuwanderung vor allem aus Ostund Südosteuropa ist die Lage auch in Deutschland nach wie vor prekär, eine deutliche Verbesserung bislang nicht in Sicht. Bemühungen der EU für Fachkräfte-Patienten-Quoten könnten Abhilfe schaffen. Auch Gewerkschaften machen sich dafür stark. Aber eine Quote allein reicht nicht.

In der EU fehlten im Pflege- und Gesundheitsbereich bereits 2013 rund 1,6 Millionen Fachkräfte. Schätzen zufolge könnte der Fachkräftemangel bis 2030 auf 4,1 Millionen ansteigen. Gesucht sind vor allem Pfleger und Krankenschwestern – in vielen Regionen aber auch andere Assistenzberufe und Ärzte. Dabei hat uns die Covid-Pandemie zuletzt schmerzlich vor Augen geführt, wie Gesundheitssysteme durch Personalmangel an die Grenzen ihrer Kapazitäten geführt werden können.

Die Gründe für den Fachkräftemangel sind vielfältig. In nordund westeuropäischen Ländern spielt neben oftmals relativ prekären Beschäftigungsverhältnissen und schwierigen Arbeitsbedingungen eine Rolle, dass viele Berufe in der Pflege und im Gesundheitssektor in der Öffentlichkeit noch immer nicht angemessen gewürdigt werden und sogar psychische und physische Gewaltausübung am Arbeitsplatz durch Patienten oder deren Angehörige nicht selten vorkommt. Die Arbeit ist oft schlicht relativ unattraktiv. In ost- und südosteuropäischen Ländern kommt hinzu, dass die dortigen Lohnniveaus mit denen in West- und Nordeuropa nicht mithalten können. Es kommt zum anhaltenden Brain Drain und zur Abwanderung von Arbeitskräften in Regionen, in denen besser bezahlt wird. Für die dortige wirtschaftliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das eine permanente und strukturelle Bürde oft katastrophalen Ausmaßes und nur schwer aufzufangen.

Somit wird der Fachkräftemangel zum echten europäischen Problem: Zuwanderung (und eine relative Verbesserung des Personalbestands) für einen Mitgliedstaat bedeutet gleichzeitig Abwanderung (und eine Verschlechterung des Personalbestands) für ein anderes Land. Soziale und ökonomische Unwuchten zwischen Staate werden größer statt kleiner.

Die in der CESI vereinigten unabhängigen Gewerkschaften Europas setzen sich daher dafür ein, dass die EU den Mitgliedstaaten einen europäischen Lösungsansatz für den Fachkräftekräftemangel im Pflege- und Gesundheitsbereich unterbreitet. Im Sommer lancierten sie einen eindringlichen Aufruf an die Europäische Kommission, sich dem Thema umgehend anzunehmen.

Laut CESI-Generalsekretär Klaus Heeger könnten Fachkräfte-Patienten-Quoten Abhilfe schaffen: "Mitgliedstaaten könnten sich in Absprache mit Sozialpartnern und Gewerkschaften für Quoten für mehr Fachkräfte einsetzen. Der Europäischen Kommission käme hier eine koordinierende Schlüsselrolle zu. Sie muss sich für Quoten einsetzen, die allen Ländern gegenüber fair sind. Alleingänge einzelner Mitgliedstaaten könnten den Wettbewerb um Arbeitskräfte im europäischen Binnenmarkt noch weiter verzerren, vor allem auch zu Ungunsten von Regionen, die wirtschaftlich bereits benachteiligt sind. Als CESI vertreten wir die Interessen von Beschäftigten in Westeuropa genauso wie im Baltikum und auch im Balkan. Hier im Geist der europäischen Solidarität und sozialen Kohäsion einen Interessenausgleich zu schaffen, liegt uns sehr am Herzen."

Allerdings, so betont Klaus Heeger, seien Quoten allein nicht ausreichend: "Mehr Personal lässt sich nicht zaubern. Quoten müssen Hand in Hand mit verbesserten Beschäftigungsund Arbeitsbedingungen für das Personal gehen. Sie können nur erfolgreich sein, wenn entsprechende Berufe für junge Menschen zum Berufseinstieg auch attraktiv sind. Auch in diesem Bereich kann die Europäische Kommission noch entschiedener auf die Mitgliedstaaten einwirken."

Angemessene Personalausstattungen und gute Arbeitsbedingungen sind, so unterstreicht Klaus Heeger, im Übrigen im Interesse aller Akteure: Überarbeitetes Personal wird entlastet, Behandlungsfehler aufgrund von nicht angemessenen Betreuungsbedingungen für Patienten verhindert, und – rein wirtschaftlich kalkuliert – das Gesundheitssystem insgesamt entlastet, wenn sich Betreuung und Pflege verbessern und die Bevölkerung durch ein gestärktes Gesundheitssystem gesünder wird.

Ein Appell der CESI an die Europäische Kommission, sich engagierter für Fachkräfte-Patienten-Quoten und gute Arbeit im Pflege- und Gesundheitssektor einzusetzen, ist hier abrufbar.

# Unabhängige Gewerkschaften der CESI auf dem European Youth Event in Straßburg

Nach 2014, 2016 und 2018 fand in diesem Oktober bereits zum vierten Mal das European Youth Event (EYE) in Straßburg statt. Für die jungen Mitglieder der europäischen unabhängigen Gewerkschaften der CESI eine Möglichkeit, auf die Belange der von der Covid-Pandemie gebeutelten jungen Generation hinzuweisen.

Unter dem Motto "Die Zukunft gehört dir" brachte die diesjährige Ausgabe des European Youth Event (EYE) erneut fast zehntausend Repräsentanten von Jugendorganisationen und Aktivisten im Alter zwischen 16 und 30 Jahren aus ganz Europa mit Vertretern der Politik zusammen, um sich untereinander über Ideen zur Zukunft des Kontinents und der EU auszutauschen.

Auch für Gewerkschaftsvertreter war die Veranstaltung ein wichtiger Anlass, um erneut auf die Notwendigkeit von fairen Arbeitsbedingungen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt für die von der Corona-Pandemie betroffene junge Generation hinzuweisen.

Die europäischen unabhängigen Gewerkschaften der CESI hielten mit der CESI Youth dabei eine vielbeachtete Veranstaltung zur Rolle sogenannten EU-Aufbau- und Resilienzfazilität ab, nach der in den Mitgliedstaaten bis 2026 insgesamt über 700 Milliarden Euro in die Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie investiert werden sollen, um die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften nachhaltiger und widerstandsfähiger zu gestalten sowie besser auf die Herausforderungen und Chancen des ökologischen und digitalen Wandels vorzubereiten.

Matthäus Fandrejewski (komba), Vertreter der CESI Youth, unterstrich in einer Debatte mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission: Nur ein Prozent der finanziellen Covid-Hilfen in Europa sind bislang explizit für junge Menschen vorgesehen, während die Pandemie ihnen den Bildungsweg und Einstieg in den Arbeitsmarkt nachhaltig erschwert. Um hier nicht eine ganze Generation "zu verlieren", seien deutlich mehr und zielgerichtetere Maßnahmen für junge Menschen notwendig. Dies betreffe auch die EU-Hilfen im Rahmen ihrer Aufbau- und Resilienzfazilität.



Matthäus Fandrejewski: "Klar ist, dass
die Digitalisierung und
Maßnahmen gegen
den Klimawandel die
Politik mittelfristig
prägen werden. Allerdings darf dabei auch
die soziale Komponente nicht zu kurz kommen, und die Belange
junger Menschen müssen angemessen Ge-

hör finden. Beschäftigte dürfen kein Kollateralschaden des Klimawandels oder der Digitalisierung werden und junge Menschen müssen in Diskursen mitgenommen und in Entscheidungsprozesse stärker mit eingebunden werden. Sie sind es, die in der digitalen und klimafreundlichen Wirtschaft von morgen funktionieren müssen und sie verdienen eine Perspektive mit guter Bildung, fairen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und sozialer Fairness in der Gesellschaft. Hierauf muss auch die Aufbau- und Resilienzfazilität der EU mit ihren milliardenschweren Investitionen in den nächsten Jahren einen klaren Fokus legen."